

An die Mitglieder des Kirchausschusses

Edda Bosse, Dr. Bernd Kuschnerus, Dr. Martin Franzius und Oliver Gampper

und den Leiter der Kirchenverwaltung

Peter Schultz

zur Kenntnis:

Landesdiakoniepastorin Karin Altenfelder

Vereinigte Evangelische Gemeinde Bremen-Neustadt

Zuflucht - Ökumenische Ausländerarbeit e.V.

Quo Vadis BEK?

Ein offener Brief aus der Wissenschaft

Sehr geehrte Frau Bosse, sehr geehrter Herr Dr. Kuschnerus, sehr geehrter Herr Dr. Franzius, sehr geehrter Herr Gampper, sehr geehrter Herr Schultz,

wir sind Wissenschaftler*innen, die in Bremen leben, arbeiten oder Bremen seit langer Zeit verbunden sind. Aus der Presse (Weser Kurier 18.3.2025 und evangelisch.de 19.3.2026) haben wir entnommen, dass sich die BEK von den Handlungen der Zionsgemeinde distanziert, die Gemeinde einem Moratorium unterliegt und dem Flüchtlingsrat Bremen grundsätzlich keine Räumlichkeiten mehr für Veranstaltungen zum Thema Kirchenasyl zur Verfügung stellen darf.

In der Nacht von Sonntag (16.3.) auf Montag (17.3.) fand in der Zionsgemeinde ein gemeinsames Fastenbrechen statt, zu dem auch Menschen eingeladen waren, bei denen eine „Dublin-Überstellung“ nach Kroatien unmittelbar zu befürchten war. Konkret wissen wir aus dem Weser Kurier von einem 19-jährigen (!) Syrer.

Mit ihrem Handeln hat die Zionsgemeinde ihren christlichen Auftrag, Menschen in Not Schutz zu gewähren, erfüllt.

Denn es ist seit Jahren umfangreich dokumentiert, dass Geflüchtete in Kroatien keine menschenwürdige und rechtsstaatliche Behandlung erhalten (Quelle: [Kroatien 2022 | Amnesty International Report 2022/23 | 28.03.2022](#), [Kroatien: Anhaltende, gewaltsame Pushbacks | Human Rights Watch](#)), es dort zu systematischen Push-Backs sowie zu vielfältigen Formen von Gewalt inklusive Folter kommt, Geflüchtete unter menschenunwürdigen Bedingungen leben müssen und keine rechtsstaatlichen Asylverfahren gewährleistet sind. Aus diesem Grunde hat es bislang auch keine Überstellungen nach Kroatien gegeben, so dass für diese Betroffenengruppe bisher auch kein Kirchenasyl notwendig war. Dass Bremen nun deutlich den Kurs ändert, entspricht den dramatischen bundesweiten Entwicklungen, und dass dabei in der europäischen Politik mit ihrem Primat der Migrationsabwehr die systematische Missachtung von Menschenrechten längst zum Alltag gehört, ist auch Ihnen bekannt. Auf Ihrer Webseite (<https://www.kirche-bremen.de/flucht-aktuell/kirchenasyl/>) heißt es dazu:

„Europa hat sich zu einer Festung entwickelt, die Menschen abwehrt, die vor Krieg oder Bürgerkrieg, vor Umweltzerstörung, Hunger oder Armut fliehen oder politisch, ethnisch oder religiös verfolgt werden. An Europas Außengrenzen sind schon Zehntausende bei dem Versuch gestorben, hier Schutz zu finden. **Als Kirche treten wir für eine mitmenschliche Flüchtlingspolitik ein, die auf den humanitären Traditionen Europas basiert. Richtschnur für die Asyl- und Einwanderungspolitik sind für uns Menschenwürde und Menschenrechte.**“

Und zum Dublin-Verfahren:

„Es sieht vor, dass Geflüchtete in dem Land, in dem sie erstmals EU-Boden betreten, ihr Asylverfahren beantragen müssen. **Dort sind die Lebensbedingungen für Asylbewerber aber vielfach katastrophal, sie bekommen keinerlei Unterstützung und kein faires Verfahren.**“

Wir erleben derzeit in noch nicht gekanntem Ausmaß, dass Migration zum Problem deklariert und Geflüchtete und Migrant*innen zu Sündenböcken gemacht werden, um von realen gesellschaftlichen Problemen wie der Klimakatastrophe und der immer größer werdenden Armut-Reichtums-Schere abzulenken. Dies geht einher mit einem u. a. vom Sozialpsychologen Harald Welzer beschriebenen Phänomen der *shifting baselines*, in dem eine menschenfeindliche Politik gegenüber Migrant*innen inklusive der populistischen Forderungen nach „neuer Härte in der Flüchtlingspolitik“ und „Abschiebungen im großen Stil“ (O. Scholz, Der Spiegel, 20.10.2023) längst zum Normalzustand geworden ist und ein noch nie dagewesener Überbietungswettbewerb in Bezug auf Abschiebungen und Dublin-Überstellungen immer stärker und immer schneller eskaliert. Die europäische Asylpolitik nimmt den Tod von Menschen nicht nur billigend in Kauf, sondern rechnet ihn mit ein. In bürokratischen Terminologien wie „Überstellung“ oder „Rückführung“ verschwindet die Brutalität der durch sie bezeichneten legalistischen Praxen. **Menschen vor diesen Gewaltverhältnissen zu schützen, kann, muss und soll Auftrag einer christlichen Kirche sein. Auch die BEK ist hier gefordert, aktiv zu intervenieren und eine klare menschenrechtsorientierte Positionierung im Diskurs mit der praktischen Solidarität gegenüber Schutzsuchenden zu verbinden.**

Die deutsche Geschichte hat gezeigt, was es bedeutet, wenn einzelnen Gruppen von Menschen ihre Grundrechte aberkannt werden. Und sie hat auch gezeigt, dass dies in Form von sukzessiven Prozessen der Normalisierung und Gewöhnung an die Missachtung der Menschenrechte vonstattenging. Diese Normalisierung wurde u. a. durch umfangreiche Verordnungen und Verwaltungsanweisungen erzeugt, in deren bürokratischer Sprache die Gewaltförmigkeit des Vorgehens unsichtbar gemacht wurde. Die Geschichte hat auch gezeigt, dass die christlichen Kirchen es versäumt haben, ausreichend klar Stellung zu beziehen.

Hannah Arendt hat in ihrem 1955 auf Deutsch erschienenen Buch „Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft“ darauf hingewiesen, dass das Recht, Rechte zu haben, ein Grundrecht eines jeden Menschen ist und damit ein vorstaatliches Recht darstellt, welches den Menschen von Geburt an zusteht. Genau dieses Recht auf Rechte ist jedoch bei vielen Dublin-Verfahren in Gefahr.

Es geht daher nicht darum, dass sich die Zionsgemeinde mit ihrem Handeln über den Rechtsstaat stellt, wie ihr und anderen Gemeinden im Kontext der Debatte um das Kirchenasyl vorgeworfen wurde, sondern darum, dass dieses vorstaatliche Recht auf

Rechte Referenzpunkt kirchlichen Handelns darstellen muss, den es im Zweifelsfall auch aktiv zu schützen gilt.

Vor dem Hintergrund der aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen und des immer stärker werdenden migrationsfeindlichen Klimas in Deutschland sollte die Evangelische Kirche erst recht den Schulterschluss suchen mit zivilgesellschaftlichen Organisationen wie den Landesflüchtlingsräten als Mitglieder der Bundesarbeitsgemeinschaft Pro Asyl, bei der die Evangelische Kirche selbst Mitglied ist. Die Flüchtlingsräte unterstützen Betroffene im Einfordern ihrer Rechte und machen unermüdlich auf Menschenrechtsverletzungen aufmerksam. Den Bremer Flüchtlingsrat der kirchlichen Räume zu verweisen und der Zionsgemeinde eine Zusammenarbeit beim Thema Kirchenasyl zu untersagen, halten wir für skandalös.

Zudem darf es nicht sein, dass Druck auf engagierte Pastoren wie Thomas Lieberum ausgeübt wird, dem es wie kaum einem anderen gelingt, ein aktives nachbarschaftliches Gemeindeleben zu gestalten. Auch angesichts sinkender Mitgliederzahlen (2023 schrumpfte allein die BEK um über 3.000 Mitglieder), sollte die Kirche froh sein über so gut funktionierende Gemeinden, in denen eine große Zahl an Menschen gemeinsam im Sinne von Menschenrechten und christlichen Werten aktiv werden.

Wenn in der Leitung der BEK die Auslegung des Christentums, wie sie von Thomas Lieberum und anderen vertreten wird, nicht geteilt wird, dann wäre es zumindest in Zeiten wie diesen, in denen wir alle demokratie- und pluralismusfördernde Ansätze brauchen, dringendst geboten, die unterschiedlichen Auslegungen in der Praxis des Christentums zuzulassen und im Sinne der Arbeitgeberfürsorge und der in der Verfassung der BEK festgeschriebenen Glaubens-, Gewissens- und Lehrfreiheit zu unterstützen, statt einen im Sinne der Menschenrechte agierenden Pastor in seinen Handlungsmöglichkeiten zu beschränken.

Wir möchten Sie also dazu auffordern, Ihren Kurs grundlegend zu ändern, die betroffenen Gemeinden zu unterstützen und engagierte Pastor*innen nicht in ihrer Arbeit vor Ort zu behindern.

Prof. Dr. Silke Betscher, Professorin für Gemeinwesenarbeit, Community Development und Macro Social Work, HAW Hamburg

Prof. Dr. Christiane Falge, Professorin für Gesundheit und Diversity, HS Bochum

Prof. Dr. Katrin Amelang, Vertretung der Professur für Ethnologie, Universität Bremen

Dr.in Fatoş Atali-Timmer, Institut für Pädagogik, Universität Oldenburg

Dr. Hanno Balz, Historiker, Bremen

Dr. Jonas Barth, Lecturer am Institut für Soziologie, Universität Bremen

Dr. Sven Bergmann, Kulturanthropologe, Bremen

Prof. Dr. Sabine Broeck, Universität Bremen

Prof. Dr. Marc Buggeln, Professur für regionale Zeitgeschichte und Public History, Europa-Universität Flensburg

Dr. Inken Carstensen-Egwuom, Abteilung Integrative Geografie, Europa-Universität Flensburg

Dr.in Claudia Czycholl, Universität Bremen (Fachbereich 9 - Kulturwissenschaften) und Werkstatt Antidiskriminierung e. V.

Prof. Dr. Fischer-Lescano, Professur für Just Transitions, Universität Kassel

Dr. Ulrike Flader, Lektorin und Forschungsgruppe Soft Authoritarianism, Universität Bremen

Dr. Udo Gerheim, Institut für Pädagogik, Universität Oldenburg

Dr. Martina Grimmig, Lektorin am Institut für Ethnologie und Kulturwissenschaften, Universität Bremen

Prof. Dr. Alisha Heinemann, Professorin für Bildungsverläufe und Diversität, Universität Bremen

Prof. Dr. Marianne Hirschberg, Professorin für Behinderung, Inklusion und Soziale Teilhabe, Universität Kassel

Prof. Dr. Silja Klepp, Professorin für Humangeografie, Universität Kiel

Prof. Dr. Gritt Klinkhammer, Professorin für empirische Religionsforschung und Theorie der Religion, Universität Bremen

Dr. Stefan Mörchen, Historiker und Lektor an der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH)

Prof. Dr. Martin Nonhoff, Professor für Politische Theorie, Universität Bremen

Dr. Nurhak Polat, Institut für Ethnologie und Kulturwissenschaft, Universität Bremen

Prof. Dr.-Ing. Oliver Radfelder, Professur Informationssysteme - Architekturen komplexer IT-Systeme, Hochschule Bremerhaven

Prof. Dr. Silja Samerski, Professorin für Soziale Arbeit mit Schwerpunkt Gesundheit an der Hochschule Emden/Leer

Prof. Dr. Kirsten Sander, Professorin für Erziehungswissenschaft, HS Bremen

Ayla Satilmis, Dozentin und Expertin für Antidiskriminierung, Universität Bremen

Prof. Dr.-Ing. Anne Schierenbeck, Professorin für Energiemanagement, Hochschule Osnabrück

Prof. Dr. Klaus Schlichte, Professor für Internationale Beziehungen und Weltgesellschaft, Universität Bremen

Dr. Bernhard Stoevesandt, Physiker am Fraunhofer IWES, Oldenburg

Nico Vonneilich, Soziologe, Institut für medizinische Soziologie, Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf

Prof. Dr. Hajo Zeeb, Universität Bremen